

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Anschreiben an die Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Fällen für Inf. Ausnahme:
Crisis-Komm. Unterstadtstr. 22,
Sauls Straße, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftverkehr.

Kaufpreis 15.000.

Monatsabonnement 4/10, 1/2
und 1/3, halbjährlich 10/10,
jährlich 20/10, durch die Post bezogen 6 RT.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Zusatz 5 Gelpf. Zeitungs 30 Pf.
Sonderer Schichten laut unserem
Preisverzeichnis. — Labelscher
Geh nach höherem Tarif.
Anzeigen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40 Pf.
Zusatz nach Maß an d. Expedition
zu haben. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

N^o 90.

Sonntag den 31. März 1878.

72. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch am 3. April a. c. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung:

1. Gutachten des Oekonomie- und Bauauschusses über a. Parzellierung südlichen Kross in der Südvorstadt; b. Bergelände in der Nordvorstadt; c. Vertheilung der Kräfte der Straßen D, O, R und V des südlichen Bebauungsplans; d. die Überbauten am Georgenhaus.
2. Gutachten des Verfassungsausschusses über Klagenstellung auf Demandsgabe eines zum Nachlaß eines Inhabers des Johannisthales gehörigen und in Privat Händen befindlichen Rechnungsbuches der Leipziger Creditbank.
3. Gutachten des Verfassungs- und Finanzausschusses über die Errichtung einer neuen Einnehmerstelle und einer neuen Controlleurstelle bei der Stadtsteuereinnahme.
4. Gutachten des Verfassungs- und Bauauschusses über einen Vergleich mit der Concursverwaltung der Niederschlesischen Maschinenbauanstalt hinsichtlich der Forderung wegen mangelhafter Lieferung von Maschinen für die Stadtwasserleitung.
5. Gutachten des Stiftungsausschusses über a) die Erklärung des Rathes auf einen zu dem Budget des Krankenhauses pro 1877 gehaltenen Antrag wegen Herbeiziehung der Armenanstalt zu Beiträgen für Verpflegung der hiesigen Armen; b) die Gebahrung mit dem Nachlaß eines im Johannisthal Verstorbenen; c) die Rechnungen des Waisenhauses auf die Jahre 1874 und 1875.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 6. vor. Mtz., die statutarischen Bestimmungen für den in Leipzig auf Grund von §. 30 des Ortsstatuts errichteten gemeinlichen Ausschuss für öffentliche Gesundheitspflege betreffend, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der gedachte Ausschuss sich nunmehr constituirt hat und aus folgenden Personen besteht:

- 1) dem unterzeichneten Oberbürgermeister als Vorsitzendem,
- 2) Herrn Stadtrath Wilhelm Gustav Dietel,
- 3) Herrn Stadtrath Franz Wagner,
- 4) Herrn Stadtverordneten-Vizepräsidenten Hdn. Dr. O. Schill,
- 5) Herrn Stadtverordneten Director Albert Heuser,
- 6) Herrn Stadtverordneten Director Robert Viktor Clemens Heufel,
- 7) dem Stadtbezirksrath, z. B. und bis zur Anstellung eines neuen, Herrn Medicinalrath Prof. Dr. Hugo Sonnenfalk,
- 8) Herrn Geh. Medicinalrath Prof. Dr. E. Leberedt Wagner,
- 9) Herrn Prof. Dr. Job. O. Leonh. Deubner,
- 10) Herrn Prof. Dr. Franz Hofmann,
- 11) Herrn Polizeiarzt Prof. Dr. Carl Arclan,

während der für diesen Ausschuss vom Rathe zu bestellende Chemiker zur Zeit noch nicht angetreten ist. Ueber des Letzteren Anstellung und Wirkungsbereich gegenüber dem Publicum wird seiner Zeit noch besondere Bekanntmachung erfolgen.
Leipzig, den 26. März 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Aus der hiesigen Stiftung zur Bekleidung der Köpfe des Kaufmanns und des Lehrlings und zur Beschaffung von Bedeckungen für arme Frauen, welche die Schneider- oder Schuhmacher-Profession erlernen wollen, sind einige Spenden zu vertheilen.
Bewerbungen darum sind längstens bis zum 10. April d. J. schriftlich bei uns (Eingangsbureau, Marktstr. 1. Etage, Zimmer Nr. 7) einzureichen.
Hierbei bemerken wir, daß solche junge Leute, welche bereits in der Lehre stehen oder außerhalb Leipzigs in die Lehre treten wollen, nicht berücksichtigt werden können und daß hier ortsangehörigen Bewerbern in der Regel der auswärtsigen der Vorzug zu geben ist.
Leipzig, den 26. März 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Pfeffer Schmidt.

Holz-Auction.

Montag, den 1. April 1878 sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Gosenwitz auf dem verlärmten Flußbrunnentracte

- ca. 50 eichene, 2 buchene und 2 asperne Knaufhölzer,
- 3 Schirrhölzer,
- 16 Baummeter eichene Brennholz,
- 19 Hausen Abraum,
- 6 Hausen Schlagholz und
- 450 Hausen klar gemachtes Stadtholz

unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgegebenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an dem Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage am Rödelweh, unweit des Schlenziger Weges.
Leipzig, am 26. März 1878.

Des Raths Forst-Deputation.

Nicolaigymnasium.

Es ergeht hierdurch an alle für die Classen Quarta, Quinta und Sexta angemeldeten einheimischen Knaben die Aufforderung, sich

am 3. April, Vorm. 7 Uhr

zu einer vorläufigen Receptionsprüfung im Nicolaigymnasium einzufinden. Schreibmaterialien sind mitzubringen. Alle übrigen angemeldeten Schüler werden am 29. April von 8 Uhr ab geprüft werden. Die entgegenstehende Bestimmung einer früheren Bekanntmachung wird hiermit aufgehoben.
Leipzig, den 17. März 1878.

Prof. Vogel.

Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Zu den in der III. Bürgerschule

am 2., 3., 4., 9., 10., 11., 12. April von 6-8 Uhr Abends
und am 7. April von 10¹/₂ - 12¹/₂ Uhr Vormittags

abzuhaltenden öffentlichen Prüfungen beehrt sich im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst einzuladen
Leipzig, am 30. März 1878.

Dr. Braunsigam, Director.

Leipzig, 30. März.

Die formellen Congresspläneleiten zwischen England und Rußland sangen an erst zu werden und sich in die Militärische zu übersehen. England macht mobil und der Friedensminister Derby scheidet aus dem Cabinet, welches nunmehr seine Hamletrolle der Seite zu legen und zu einer Politik der That überzugehen scheint. Es will nicht zulassen, daß Rußland auf Grund des neu geschaffenen bulgarischen Staates zu einer herrschenden Stellung auf dem Mittelmeere gelange, daß es seine Seemacht dort entfalte, den Suezkanal bedrohe und ihm so den Weg nach Indien verstoppe; denn Indien ist der Angelpunkt von England, sein A und O, sein Lebenselixir. Eben darum will Rußland in diesem Punkte nicht nachgeben, welcher der eigentliche Zielpunkt des letzten Krieges und der Kern des Friedens von San Stefano ist. Wird es deshalb aber sofort zum englisch-russischen Kriege kommen? So sehr die Interessen beider Mächte dahin drängen, so sehr sind doch beide zur Vorsicht gezwungen. England möchte denn doch nicht allein mit Rußland anbinden, und dieses möchte, ehe es den englischen Fehdehandschuh ausnimmt, zum Mindesten Sicherheit darüber haben, daß es mit England allein zu thun habe. Daher der heisse diplomatische Ringkampf, in welchem wir die beiden Staaten jetzt gleichzeitig in Wien und in Konstantinopel begriffen sehen; sie ringen dort um die österreichische, hier um die türkische Freundschaft. Der schlaue russische Unterhändler soll dem Grafen Andrássy Bosnien, einen Theil von Albanien und die Vorherrschaft über den Westen der Balkanhalbinsel als Gegenleistung gegen das Vordringen Rußlands im übrigen Theile der Balkanhalbinsel als Preis für eine freundliche Neutralität angeboten haben. Und in Konstantinopel soll der Großfürst Nikolaus dem Sultan ein Schutz- und Trutzbündniß vorgeschlagen, gleichzeitig aber eine weitere erhebliche Ermäßigung der Kriegentschädigung in Aussicht gestellt haben. Natürlich ist auch England nicht müßig und macht alle Anstrengungen, um seinen Nebenbuhler auszustechen. Für England arbeitet sowohl in Wien und Pest, als in Stambul der alte Haß und das alte Mißtrauen, mit dem man dort den Russen gegenübersteht; dafür ist es aber nicht in der Lage, für die Freundschaft, um die es wird, irgend welche wirkliche greifbare Vorteile als Gegenleistung zu bieten. So ist denn der Ausgang dieser diplomatischen Vorgänge außer ungewis, und daher ist es noch immer zweifelhaft, ob es zu einem eigentlichen Kriege zwischen Rußland und England schon jetzt kommen wird. Letzteres wird sich zwar mit Aufbietung seiner ganzen Kraft vor die Dardanellen legen, um den russischen Stellungen vor Konstantinopel von der Seeherseite her zu begegnen; es wird seine Seemacht entfalten, um sich die Wasserstraße von dort nach dem Suezkanal und weiter frei zu halten; es wird vielleicht weiterhin aus demselben Grunde und im Hinblick auf seinen indischen Besitz auf Egypten Besatzung legen — um, wie Lord Beaconsfield sagt,

„das Gleichgewicht im Mittelmeere“ (d. h. zu deutsch: die englische Herrschaft auf diesem Meere) zu sichern. Den Krieg braucht England aber deshalb nicht zu erklären, so wenig wie Rußland, das eben einfach in Bulgarien und vor Konstantinopel stehen bleibt und sich dort so gemächlich wie möglich einrichtet. Daß eine solche Zwitterlage, eine solche „Versäufelung der Orientfrage“ nicht andauern kann, daß sie früher oder später zum Kriege führen muß, daß irgend ein Zwischenfall den Ausbruch desselben beschleunigen, ihn über Nacht beifehren kann, wollen wir damit keineswegs in Abrede stellen. Gewißes weiß man eben nicht.

Die Entscheidung über die Nachtragsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus (Begründung eines besonderen Eisenbahnministeriums, Beschneidung des Handels- und Erweiterung des landwirtschaftlichen Ministeriums) ist ausgefallen, wie man im Interesse unserer parlamentarischen Institutionen wünschen mußte: mit 184 gegen 153 Stimmen ist der von conservativer Seite wieder ausgenommene Vorschlag wegen Uebertragung der Domänen und Forsten auf das landwirtschaftliche Ministerium abgelehnt worden. Nach dem sichersten Eifer, mit welchem diese Angelegenheit von Seiten der Regierung betrieben worden war, konnte man über die Wirkung, welche das ablehnende Votum in diesen Regionen hervorbringen würde, von vorn herein nicht im Zweifel sein. Der Bornes-ausbruch indes, mit welchem die governementale „Nordd. Allg. Ztg.“ das Resultat begleitet, übertrifft doch alle Erwartungen. „Wir fragen“, ruft sie aus, „was wird das Land zu einer solchen Ablehnung sagen? Wird es mehr Glauben schenken seinem Kanzler, welcher seit 18 Jahren in unergleichlicher Weise die Geschicke Preußens und Deutschlands geleitet, oder den sadenscheinigen Gründen, welche die liberale Mehrheit zur Begründung ihrer verneinenden Stellung vorgebracht hat? Wir sind keinen Augenblick im Zweifel, welchen Anspruch das Land thun würde, wenn Fürst Bismarck an die bessere Einsicht des Landes appellirte. Das Land will, daß Fürst Bismarck an der Spitze der Regierung bleibe, es will nicht, daß dem Manne, welchem das Volk so unendlichen Dank schuldet, und welcher noch jetzt mit Aufbietung seiner letzten Kräfte nach Begründung unserer äußeren Rechtsstellung auch die innere Entwicklung des Landes sicher stellen will, die Mittel versagt werden, deren er zur Durchführung seiner Pläne bedarf.“ Hierauf antwortet die „Nationalliberale Correspondenz“: Ohne Zweifel verspricht sich die „N. A. Z.“ von diesem affectirt-demagogischen Pathos die größte Wirkung; nach unserer Meinung indes wird es Allen, welche von der Sache, um die es sich handelt, nur eine Ahnung haben, lediglich lächerlich erscheinen können. Das Abgeordnetenhaus ist gar nicht in die Lage gekommen, dem Fürsten Bismarck Mittel, deren er zur Durchführung seiner Pläne bedarf, zu verweigern; es hat lediglich erklärt, aus Mangel an Zeit im gegenwärtigen Augenblicke in eine der Wichtigkeit der gemachten Organisationsvorschläge entsprechende materielle

Prüfung nicht eintreten zu können, und wenn es dafür noch einer Rechtfertigung bedürft hätte, so war dieselbe in des Fürsten Bismarck eigenen Bemerkungen über die dem Reichstage schuldige Rücksicht in überzeugender Weise enthalten. Der Reichskanzler selbst hat ausdrücklich erklärt, daß seine Absicht gewesen, erst nach dem Schlusse des Reichstages mit den in Rede stehenden Organisationsplänen vorzugehen. Das steht ihm noch heute vollkommen frei; in der Sache ist durch das Votum des Abgeordnetenhauses absolut nicht vorgegriffen worden. Selbst wenn Dies aber der Fall wäre, würde Fürst Bismarck dadurch in seinen Plänen, „die innere Entwicklung des Landes sicher zu stellen“, auch nur im Geringsten beeinträchtigt werden? Fürst Bismarck hat in seinen Reden deutlich genug zu erkennen gegeben, daß er sich auch so werde behelfen können, wenn das Handelsministerium einem mit dem Eisenbahnen ganz besonders vertrauten Manne übertragen würde. Dies ist jetzt geschehen, und wir sind überzeugt, an wenigsten Fürst Bismarck wird nunmehr die Errichtung eines Eisenbahnministeriums für sehr dringlich halten. Daß aber die „Sicherstellung der inneren Entwicklung des Landes“ darunter leiden werde, wenn die Domänen und Forsten sechs Monate später an das landwirtschaftliche Ministerium übergehen — diese Behauptung aufzustellen wird doch selbst die „N. A. Z.“ nicht die — Unbefangenheit haben. Wenn also die ganze Declamation der „N. A. Z.“ überhaupt einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein: der Wille des Landes ist, daß die Volksherrschung alle Mittel, deren Fürst Bismarck für seine Pläne zu bedürfen erklärt, ohne weitere Prüfung gewährt. Wir wollen die „N. A. Z.“ in dieser Phantasie nicht stören, um so weniger, als man an maßgebender Stelle über den „Willen des Landes“ wohl etwas klüßler denken wird. Wir halten uns auch bei ihren kleinen Scherzen über die „liberal-heritale Majorität“ u. dergl., an denen nur ihre Absurdität merkwürdig ist, nicht weiter auf. Aber wir möchten das „freiwillig-gouvernementale“ Organ doch darauf aufmerksam machen, daß es mit einer so übermäßig colorirten Kritik der parlamentarischen Abstimmungen in Bahnen gewährt, auf denen es gelegentlich dem Staatskanzler begegnen könnte. Es wäre doch nicht schön, wenn das Abgeordnetenhaus in die Lage käme, einem Manne, welches sich für eine der zuverlässigsten Stützen der staatlichen Ordnung hält, die bekannnte hüßliche Rücksicht zu müssen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 30. März.

Der Finanzminister Camphausen hat sich von den Beamten seines Ministeriums verabschiedet und die Leitung der Geschäfte Herrn Hobrecht übergeben.
Camphausen begiebt sich in etwa 14 Tagen nach dem Rhein und von dort nach Italien, wo er einen großen Theil des Sommers mit seinem intimen Freunde, dem Staatsminister a. D. Del-

brück, und dessen Gemahlin, zuzubringen gedenkt. Es war unter den Beamten des Finanzministeriums die Rede davon, dem scheidenden Minister in irgend einer Weise zu erkennen zu geben, wie sehr er sich der besonderen Hochachtung und Verehrung aller dem Finanzessort angehörigen Beamten zu erfreuen gehabt hätte, doch soll Herr Camphausen gewünscht haben, jedwede Kundgebung zu unterlassen. Er hat seine Räder gedreht, dem neuen Finanzminister mit derselben Treue und Hingebung beizustehen, die ihm zu seiner großen Freude und Genugthuung jeherzeit zu Theil geworden wäre. Der Finanzminister Hobrecht wird in den ersten Tagen des April nach dem Palais hinter dem Rastanienvald überfiedeln.

Die Wiedererhebung des deutschen Pferde-Ausfuhrverbots war für Ende dieses Monats in Aussicht gestellt; in Folge der neuesten Befestigung der politischen Verhältnisse dürfte jedoch die Aufhebung des fraglichen Verbots wieder vertagt worden sein.

Als neu einzuberufende Mitglieder für das Reichsgesundheitsamt nennt man die Herren Medicinalrath Dr. Wasserfuhr in Straßburg, Oberchirurg Dr. Börner in Berlin, Professor Dr. Viebreich in Berlin, Professor Dr. Salkowski in Berlin, Professor Dr. Guttstadt in Berlin und Professor Dr. Baummeister in Karlsruhe. Geheimrath Dr. Birschow soll durch eine Berufung als Ehrenmitglied ausgezeichnet werden.
Aus Wien meldet die „Polit. Correspondenz“: Ungeachtet des schroffen Gegensatzes zwischen London und Petersburg darnen die Bemühungen von dritter Seite, um den Zusammentritt des Congresses zu ermöglichen, fort. Auch der Militär Lord Derby's scheint diese Bemühungen nicht zu lähmen. Trotzdem ist es gewagt, diesen vorzugsweise auf Auffindung eines Mittelweges gerichteten Bestrebungen, wodurch eine Annäherung der gegenwärtigen Standpunkte bewirkt werden soll, ein günstiges Horoskop zu stellen.
Dem „W. Fremdenbl.“ wird aus Konstantinopel vom 26. März telegraphirt: Die Zurückziehung der russischen Truppen aus Rumelien bildet den Gegenstand russisch-türkischer Verhandlungen. Die Petersburger Regierung erklärte, russische Truppen würden nicht abziehen, so lange die englische Flotte im Marmarameere verweile. Auch Großfürst Nikolaus brachte bei seinem heutigen Besuch diese Angelegenheit zur Sprache; in den Florientheilen herrscht jedoch wenig Reizung, diesfalls gegen England Schritte zu thun. Die Partei, welche auf ein Bündniß mit England hofft, erklärt, Abdal Hamid ist vertrieben jedoch, weil sie für einen Thronwechsel ist, feindlich.
Aus London, 29. März, meldet man der „N. Ztg.“: Der Entschluß Derby's, zurückzutreten, datirt von gestern und wurde erst gestern Mittag durch Carl Beaconsfield der Königin angezeigt, welche sofort die Abdankung annahm. — Die Antwort Rußlands, worin dieses sich das Recht vorbehält, die Erörterung einzelner Vertragspunkte durch den Congress abzulehnen, wurde in dem vorliegenden Cabinetrath einstimmig als unannehmbar